

Danziger Volksstimme

Organ für die werktätige Bevölkerung
 der Freien Stadt Danzig
 Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreise: Die 8-spaltige Zeile 3.— Mk. von
 auswärts 4.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen
 nach bef. Tarif, die 3-spaltige Reklamzeile 9.— Mk.
 von auswärts 12.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt.
 Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2945
 Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3280.

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Aus-
 nahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In
 Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 8.— Mk.,
 vierteljährlich 24.— Mk.
 Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Nr 31 | Montag, den 6. Februar 1922 | 13. Jahrgang

Der Eisenbahnerstreik dauert weiter.

Die von den Spitzenorganisationen eingeleiteten Vermittlungsverhandlungen haben bisher zu keinem Ergebnis geführt. Infolgedessen wurden von den beiden sozialistischen Parteien die Verhandlungen mit der Regierung ausgenommen. Ein Berliner Montagblatt meldet, daß im Laufe des Sonntags die sozialdemokratischen Führer Hermann Müller und Weis sowie die Unabhängigenführer Dittmann und Rosenfeld mit dem Reichskanzler in Abwesenheit des Verkehrsministers Ordnungsbearbeitungen hatten, ob die Regierung Verhandlungen mit der Reichsgewerkschaft nicht doch aufnehmen könne. Die Streikleitung der Beamten stellt als Bedingung für eine Einigung die Erklärung der Regierung, daß die Bestimmungen von Streikführern oder Streikenden nicht vorgenommen werden dürfen und daß nach dem Streik sofort Verhandlungen über die Neuregelung der Gehälter der unteren Beamtengruppen aufgenommen werden. Die Streikleitung der Eisenbahner verlangt, daß die Regierung das Arbeitszeitgesetz zunächst für die Privatarbeiter und dann erst für die Staatsbediensteten und Beamten fertigstellen soll. Für den Streikabbruch stellt die Streikleitung die Bedingung, daß der Verkehrsminister sämtliche den Direktoren zugegangenen Verfügungen über die Arbeitszeitregelung zurückzieht.

In der Reichskanzlei fanden gestern unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Besprechungen statt, zu denen die Mitglieder des Kabinetts und Führer der in der Regierung vertretenen Parteien erschienen waren. Es herrschte Einmütigkeit darüber, daß die Lage nach wie vor nach dem großen Gesichtspunkt der Gesamtpolitik, insbesondere der Gesamtsituation Lebensmittels gegenüber dem Auslande und der Weltwirtschaft, beurteilt werden müsse. Man war sich einig, daß der Standpunkt der Regierung gegenüber dem Streik unverändert sei.

Ein amtlicher Situationsbericht.

Wie vom Reichsverkehrsministerium mitgeteilt wird, sind die Wirkungen der Aufforderung der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen zur Wiederaufnahme der Arbeit im Eisenbahnbetrieb schon an einzelnen Stellen zu bemerken. Insbesondere kehren Lokomotivführer zur Arbeit zurück. In Paderborn z. B. haben 47 Lokomotivführer den Dienst wieder aufgenommen. Der Streikumfang ist im allgemeinen derselbe. Der Notbetrieb wird in stärkerem Umfang durchgeführt. In vielen Bezirken konnten außer den Lebensmittelzügen Kohlenzüge und in beschränkter Maße Personenzüge gefahren werden. Die Nachricht, daß im Essener Bezirk der gesamte Verkehr ruhe, ist unzutreffend. Schon gestern sind dort Lebensmittelzüge und einige Kohlenzüge, darunter solche mit Reparationskohle, gefahren worden. Heute soll der Kohlenverkehr, insbesondere der Transport von Reparationskohle, in stärkerem Umfang aufgenommen werden. Auch in Breslau verkehren eine große Menge Kohlenzüge. In Halle ist die Versorgung der Industrie mit Kohle sichergestellt. Vereinzelt sind Sabotageakte verübt worden. Im Dresdener Bezirk wurden Eisenbahnschwellen auf die Schienen gelegt und Signale beschädigt. Im Direktionsbezirk Elberfeld wurde ein aus Ohligs ausfahrender Personenzug, der von Oberbeamten geführt wurde, beschossen.

Ausdehnung der Streikbewegung.

Freiburg, 5. Februar. Nach einer Mitteilung der Eisenbahngeneraldirektion Karlsruhe ist auch in Baden der Eisenbahnerstreik heute nacht 12 Uhr ausgebrochen. Der Eisenbahnverkehr in Ober- und Mittelbaden ruht seit heute nacht vollkommen. Die technische Nothilfe ist aufgerufen worden, um den in Aussicht genommenen Notverkehr durchzuführen.

Die „Mecklenburgische Zeitung“ meldet: Seit heute nacht ruht auch in Mecklenburg der Zugverkehr, da sich das Eisenbahnbetriebspersonal dem Streik angeschlossen hat. Einige wenige Lokalzüge sind im Laufe des Vormittags noch in Schwerin eingetroffen. Das Aufhören des Bahnverkehrs hat eine schwere Störung der Milchversorgung der Landeshauptstadt zur Folge.

Die Folgen des Streiks.

Der Streik der Eisenbahner hat den Eintritt der bereits vor Streikausbruch drohenden Krise in der Kohlenversorgung Berlins beschleunigt. Die städti-

schen Werke besitzen heute noch Kohlenvorräte für einige Tage. In einigen Fabriken sowie in mehreren Bäckereien hat die Kohlenknappheit bereits die Einführung von Kurzarbeit notwendig gemacht.

Die Kruppwerke in Magdeburg legen wegen Kohlenmangel Montag abend ihren Betrieb still.

Berlin, 4. Febr. (W.F.B.) Aus Anlaß des Verkehrsstreiks sind die Sitzungen des preussischen Landtages, die für Dienstag anberaumt waren, auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Aus gleichem Anlaß hat der vorläufige Reichswirtschaftsrat seine Sitzung vom 8. d. Mts. auf den 15. Februar festgesetzt.

Streik der städtischen Arbeiter Berlins.

In einem Streit zwischen den Arbeiter- und Angestelltenorganisationen und dem Magistrat Berlin sprach ein vom Arbeitsministerium eingeleitetes Schiedsgericht einen Schiedsspruch dahingehend aus, daß der alte Manteltarif noch bis zum 30. Juni Gültigkeit haben soll. Da die Arbeitnehmererschaft den alten Manteltarif bis mindestens zum Jahresfuß in Gültigkeit haben will, kam es in einer Funktionärversammlung der städtischen Arbeiter und Angestellten am Freitag abend zu lebhaften Auseinandersetzungen. Wegen den Wunsch der Organisationsführer wurde beschlossen, den Schiedsspruch abzulehnen und unverzüglich in den Streik zu treten. Der Streikausschuß, der in der Funktionärsitzung gewählt wurde, sprach Sonnabend abend den Streikbeschuß aus. Danach stellten die Arbeiter der Elektrizitätswerke am Sonntag früh 1 Uhr, die Gasarbeiter am Sonntag früh 6 Uhr die Arbeit ein. In den Wasserwerken sollen die Notstandsarbeiten verrichtet werden. Diejenigen Arbeiter, die in Lebensmittelabteilungen beschäftigt sind, sollen auf ihren Posten bleiben. Auch die Angestellten sollen vorläufig ihren Dienst weiter versehen und erst bei einer eventuellen Verschärfung des Streiks die Arbeit niederlegen.

Infolge des Streiks ist gestern morgen die Licht- und Kraftversorgung sowie die Wasserversorgung eingestellt worden. Die Versorgung mit Gas ist auf ein Minimum eingeschränkt. Die elektrische Straßenbahn hatte bereits Sonnabend abend gegen 10 Uhr den Betrieb eingestellt. Von sämtlichen städtischen Verkehrsmitteln verkehren nur noch die Hoch- und Untergrundbahn, die über eigene Kraftanlage verfügt, und die Autoomnibusse. Selbstverständlich reichen sie trotz deren Ueberfüllung nicht im geringsten aus, den Verkehr zu bewältigen.

Der Polizeipräsident setzte die technische Nothilfe für die Wasserwerke ein. Bei einigen Werken wird sie indessen nichts anrichten können, weil zu ihrem Betrieb elektrischer Strom nötig ist. Sonntag nachmittag waren etwa 1/4 der Bevölkerung mit Wasser versorgt.

In einem Aufruf an alle städtischen Arbeiter und nicht ständig Angestellten teilt der Magistrat mit, daß er in seiner heutigen Sitzung den im Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses angenommen hat. Er ruft alle Arbeiter und nicht ständig Angestellten auf, auch ihrerseits den Spruch des Schlichtungsausschusses anzunehmen und zu verhindern, daß über die städtischen Betriebe und über die städtische Wirtschaft eine Katastrophe hereinbricht, die letzten Endes am schwersten die Arbeiter und Angestellten selbst treffen müßte.

Generalfreikampfpromaganda.

In der Funktionärversammlung wurde der Beschluß gefaßt, daß der A. D. G. B. sofort den Generalfreikampfpromaganda erklären soll. Dieser Beschluß ist nicht ohne Wirkung geblieben. In einer Erklärung des Polizeipräsidenten heißt es, daß nach Mitteilungen aus berufenen gewerkschaftlichen Kreisen bereits versucht werde, die Streiklage von linksradikaler Seite politisch auszunutzen. Der Polizeipräsident erwartet, daß der besonnene Teil der Berliner Arbeiterschaft alles daran setzen wird, dem unverantwortlichen Treiben ein Ziel zu setzen. Sollte trotzdem versucht werden, die öffentliche Ruhe gewalttätig zu stören, so ist die Polizei genügend vorbereitet, jeden Versuch im Keime zu ersticken.

Poincarés Reparationspolitik.

Poincaré hat Sonnabend im Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten im Hinblick auf die letzten deutschen Gegenanschläge in der Reparations-

frage Erklärungen abgegeben, aus denen hervorzugehen scheint, daß die Reparationskommission Schwierigkeiten begegnen müsse. Dubois habe sogar seine Demission als Vorsitzender der Kommission geben wollen. Die französische Regierung sei der Ansicht, daß Frankreich in der Reparationskommission nicht die Mehrheit habe, die es im Verhältnis zu seinen Forderungen haben müsse. So finde es noch Bürgschaft in dem Funktionieren eines Organismus, der sich nur auf den Versailler Vertrag stütze. Frankreich werde sich keiner Konferenz anvertrauen, die ständig allen möglichen wandelbaren Einflüssen der englischen Politik unterworfen sei.

Der französische Botschafter in Rom übermittelte Freitag Poincaré eine Mitteilung der italienischen Regierung über die Orientfrage. Das italienische Kabinett, durch dessen Sturz die Note allerdings an Wert verliere, scheine im großen und ganzen den Standpunkt der englischen Regierung einzunehmen.

Die Miswirtschaft im französischen Wiederaufbaugebiet.

Bei der Beratung über das Budget für die befreiten Gebiete kritisierte unter lebhaftem Widerspruch der Kammer der sozialistische Abgeordnete Inghels die bisher für den Wiederaufbau angewandten Methoden. Er sprach von Verschwendung, deren Opfer die Bewohner der Kampfzone seien, und von mangelhaften Geldgeschäften, beschuldigt die Führer der Textil- und Metallindustrie, auf die Verwaltung der verwüsteten Gebiete die Hand gelegt zu haben, und verlangt Verwendung deutscher Materialien und Heranziehung deutscher Arbeiter.

Das Ende der Washingtoner Konferenz.

Die Washingtoner Abrüstungskonferenz tritt heute zu ihrer letzten Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung stehen die Unterzeichnung der Verträge und eine Rede des Präsidenten Harding. Die Konferenz hat drei Monate gedauert. Den Namen Abrüstungskonferenz verdient sie nur in Beziehung auf die Flottenrüstungen, wo die Hauptmächte schließlich zu einer Einschränkung der Flottenrüstungen sich verständigten. Ferner kam auf der Konferenz das Problem China zur Beratung. Dabei wurde festgelegt, daß Japan die den Deutschen seinerzeit abgenommene Provinz Schantung an China zurückzugeben hat. Der sinesisch-japanische Vertrag über die Regelung der Schantungfrage ist Sonnabend unterzeichnet worden.

Vertagung der sozialistischen Sechsländerkonferenz.

Die internationale sozialistische Konferenz, die am Sonnabend, den 4. Februar in Paris unter Beteiligung von französischen, englischen, belgischen, italienischen und österreichischen Sozialdemokraten begonnen hat, konnte noch nicht in die Beratungen eintreten, da die deutschen Delegierten noch nicht in Paris eingetroffen sind. Ihre Teilnahme ist durch den Eisenbahnerstreik verhindert. Für Deutschland sind von der Sozialdemokratischen Partei die Genossen Otto Weis und Dr. Adolf Braun und von der U.S.P. Ledebour und Crispian delegiert.

Am Schlusse der gestrigen Sitzung der Konferenz wurde an die deutschen sozialdemokratischen Parteien ein Telegramm gerichtet, in dem gesagt wird, für den Fall, daß die deutschen Delegierten durch den Eisenbahnerstreik an der Reise nach Paris verhindert werden würden, würde eine neue Konferenz zu weiteren Verhandlungen und zur Beschlußfassung in aller Kürze nach Frankfurt a. M. einberufen werden. In diesem Falle würde die Pariser Konferenz heute um 2 Uhr geschlossen werden.

Noch kein Ergebnis der Papstwahl.

Sonnabend früh um 9.40 Uhr las Monsignore Zampini in der Sixtinischen Kapelle die Messe in Gegenwart aller Kardinäle. Danach begann die Abstimmung. Kardinal Marini, der gestern krank war, nahm heute an der Sitzung teil. Um 11.55 Uhr stieg aus dem Schornstein ein Rauch von dunkler Farbe empor. Das ist für die draußen harrende Menge ein Zeichen, daß der Wahlgang ergebnislos war. Derselbe Vorgang wiederholte sich auch im Laufe des gestrigen Tages mehrmals.

Aus den Aufrührungen.

Reichswehr-Infanterie unter Aufrührern.

Vor dem Berliner Schwurgericht standen der Mord und rechtswidrigen Gebrauch ihrer Waffe angeklagt, der 39 Jahre alte ehemalige Gefreite Walter Ritter und der 24 jährige Bergmann Hugo Wendler. Am 12. März 1910 ist der Arbeiter Piontel in Nichtenberg in der Normannenstraße von den beiden Angeklagten erschossen worden. Die 1. Kompanie des Reichswehr-Regts. 50 rückte an diesem Morgen von der Schillingstraße über Karlsruh gegen Friedrichstraße vor. Ritter befand sich bei einer Patrouille von 4 Mann. Er war in der Ullrichstraße an Piontel herangekommen und hatte ihn um Feuer für seine Zigarette gebeten, was P. aber ablehnte, indem er gesagt haben soll, er solle sich doch von den Spartakisten Feuer geben lassen. Ritter meldete dann dem führenden Unteroffizier, der Befehle habe gesagt: „Rostehunden gebe ich kein Feuer!“ und angeblich noch hinzugesagt: „Ihr Hunde müßt alle an die Wand gestellt werden!“ Die Anklage lautet weiter aus: „Ein Gefreiter, der den Befehl erhielt, den Piontel festzunehmen, fragte ihn in barbarem Tone, warum er kein Feuer gegeben habe; er sei wohl ein Spartakist? Daran knüpfte sich die Drohung, ihm den Schädel einzuschlagen, worauf Piontel dem Ritter Feuer gab.“

Piontel wurde dann zunächst ins Amtsgerichtsgebäude Nichtenberg gebracht. Ritter behauptet, er sei von einem Kameraden darauf aufmerksam gemacht worden, daß Piontel unter dem Kermel ein Messer verborgen hatte; Piontel habe gesagt: „Wenn Sie mich jetzt nicht zufrieden lassen, steche ich Ihnen ein Messer in den Leib!“ Ritter will ihm dann das Messer weggenommen haben. Vom Amtsgerichtsgebäude bewegte sich der Trupp nach dem Rathaus. Jetzt stieß der Angeklagte Wendler, der zu einer Artillerieabteilung gehörte, zu dem Trupp und ersuhr, daß Piontel dem Ritter das Feuer verweigert habe. In der Normannenstraße wurde Piontel an einen Baum gestellt und von beiden Angeklagten erschossen. Der erste Schuß, den Ritter abgab, ging fehl. Piontel hat unter Hinweis auf seine Frau und Kinder um sein Leben, auch ein Kamerad Ritters trat für Piontel ein. Ritter gab aber weitere Schüsse auf ihn ab; ein dritter Schuß traf ihn in die Seite, ein vierter Schuß ging wieder fehl, ein fünfter Schuß verwundete ihn abermals an der Seite. Nun riß Wendler dem Ritter den Karabiner fort und schloß dem Piontel in den Hinterkopf, so daß die Kugel zur Stirn wieder herausflog. Wendler behauptet, daß er die Dulderei des Piontel nicht mehr habe mit ansehen können und deshalb durch einen Gnadenschuß ihm sein Leben habe abkürzen wollen. Auch will er geglaubt haben, daß Piontel zum Tode verurteilt worden sei. Ritter hat im Vorverfahren die Tat zugegeben; er sei durch das Messer des P. gereizt worden und habe gefürchtet, daß dieser fliehen würde. Auch vor seinem Hauptmann hat er ein Geständnis abgelegt, später hat er aber jede Beteiligung an der Muttat bestritten und den Wendler als alleinigen Täter bezichtigt. Bei der Vernehmung der Angeklagten beschuldigten beide sich gegenseitig, den tödlichen Schuß abgegeben zu haben. Der Staatsanwalt empfahl den Geschworenen, bei Ritter die Frage nach verjährtem Mord, bei Wendler aber, der ohne Ueberlegung sich von seinem Gefühl habe hinreißen lassen, die Frage nach Totschlag zu bejahen, aber die Frage nach mildernden Umständen zu verneinen.

Die Geschworenen sprachen Ritter des verjährten Totschlags schuldig und bewilligten ihm mildernde Umstände. Bei Wendler wurden die

Schuldungen verneint. Der Staatsanwalt beantragte gegen Ritter die höchste zulässige Strafe von vier Jahren sechs Monaten Gefängnis. Das Gericht verurteilte Ritter zu drei Jahren Gefängnis unter Anrechnung von neun Monaten Unterbringungshaft. Wendler wurde freigesprochen und der Galgenstuhl gegen ihn aufgehoben.

Die Entwaffnung Deutschlands.

Ein Bericht des Generals Nollet vom 24. Dezember 1921 über die Ergebnisse der Kontrollmaßnahmen in Deutschland sagt: In materieller Hinsicht habe die Entwaffnung weitere Fortschritte gemacht. Aber die Tatsache, daß die Gewerkschaften gegen die Kontrollkommission Partei ergriffen hätten, sei bezeichnend für eine Wandlung in ihrer Haltung, die die Maßnahmen für die Entwaffnung Deutschlands gefährden.

Von einer Wandlung in der Haltung der Gewerkschaften dem Entwaffnungsproblem gegenüber kann nicht die Rede sein. Die Gewerkschaften haben sich jederzeit nur gegen die sinnlose Zerstörung der Deutschen Werke gewandt, weil dadurch die deutsche Industrie aufs schwerste geschädigt und Zehntausende von Arbeitern brotlos geworden wären. Im übrigen beweist ja die Größe der von General Nollet selbst angegebenen Zahlen der abgelieferten oder zerstörten deutschen Waffen, deren Genauigkeit im Augenblick nicht nachgeprüft werden kann, besser als alle anderen Argumente, daß Deutschland den Entwaffnungsorderungen des Friedensvertrages loyal nachgekommen ist.

Unabhängige Begeisterung für den Militarismus

Vom Denkmalsauschuss zur Errichtung eines Denkmals für das Stammregiment 184 in Plauen war ein Besuch beim Bezirksauschuss der Amtshauptmannschaft Plauen eingegangen, für diesen Zweck einen namhaften Betrag zu bewilligen. Vom Amtshauptmann wurden hierfür 8000 Mark vorgeschlagen. Die Sozialdemokraten wandten sich gegen diese Ausgabe und, da sie die Mehrheit hatten, mußte mit Ablehnung des Antrages gerechnet werden. Auf einmal bekamen die Bürgerlichen Zugang von unabhängiger Seite, der erklärte, zustimmen zu wollen, wenn das Denkmal in eine Anlage hineingebaut werde. So stand schließlich das Abstimmungsverhältnis 4:4, und da der Herr Amtshauptmann den Ausschlag gab, wurden die 8000 Mark für das 184er Denkmal bewilligt. — Die Unabhängigen werden trotzdem nicht aufhören, sich als die allein „Grundgesetzten“ aufzuspielen. Nicht nur ihrer Politik fehlt jeder Grund, sondern, wie Figura zeigt, auch ihren Beuten in den höchsten Vertrauensämtern, selbst in Fragen, in denen es gar keine Meinungsverschiedenheiten unter Sozialisten geben sollte.

Opfer einer falschen Welt.

Die Feuerungswelle schwillt immer höher an und droht das Wirtschaftsleben völlig zu begraben. Wir arbeitsamen Menschen stehen, einem Schiffbrüchigen gleich, auf treibendem Wrack, das uns der Krieg hinterlassen hat. Unser Auge ist ermattet von der Aussicht nach Hilfe und unsere Kräfte drohen zu versagen. Das Unheil hält mit Riesenschritten, und wenn nicht baldigst Hilfe kommt, lausen wir Gefahr, von den Wellen in den Abgrund gerissen zu werden. Der geringste Hoffnungstrahl aber erweckt neuen Mut und neue Kraft in uns, und so leben wir denn von Tag zu Tag in unserm Unglück dahin. Hat es auch manchmal den Anschein, als ob ein rettendes Schiff sich am Horizont zeigt, so müssen wir leider immer nur gar zu bald einsehen, daß Schein oftmals trügt.

Die Menschen zermürben ihre Kräfte. Nur ein kleiner Bruchteil unseres Volkes führt ein Leben voller Sonne. Die meisten unserer Mitmenschen kämpfen einen harten Daseinskampf, und viele kommen dabei leicht mit den geschriebenen Paragraphen des Gesetzes in Konflikt. Die stra-

fenbe Knechtschaft wagt mit Kräuhaugen darüber, daß unser Unrecht geschieht im Staate. Die gefesselten Sünder werden zur Menschheit gezogen. Viele, die Berufs sind, Recht zu sprechen über Missetaten dieser Armen, haben kein Verständnis für die Notlage der im Elend Dahinlebenden. Selbst werden nur selten die Beweggründe voll gewürdigt, die den „Verlorenen“ auf die abschüssige Bahn drängen.

Der Stier die Stätten der Rechtspflege aufsucht, wird so manchenmal Anstand und nachdenkend von dannen ziehen und Betrachtungen anstellen über die unsichtbare Fikta. Der „Sünder“ muß seine Taten schließlich haben durch eine längere Gefängnisstrafe denn so haben die verbotenen Männer „zu Recht erkannt“. Das Strafgesetzbuch kennt der Verbrecher gar viele und hat genau abgemessen, wie hoch jede Entlastung zu bewerten ist. Nicht einzelne Personen trifft das Urteil in den meisten Fällen. Wie oft müssen nicht kleine unschuldige Kinder bitter mitbüßen für das, was das Familienvorhaupt, durch die Not dazu gedrängt, verbrochen hat. Eine falsche Moral tut diese Verurteilten mit Veringschätzung und Verachtung ab und treibt sie so schon oftmals frühzeitig auf die abschüssige Bahn. Diese Unglücklichen lernen in ihrem Leben leider keine Liebe kennen, sie leben im Schatten dahin.

Die Gerichtsverhandlungen legen oft Zeugnis davon ab, daß nur das Widersinnige unserer heutigen Weltordnung die Wurzel zu allem Uebel in sich birgt. In spaltenlangen Berichten tischen dann die Sensationsblätter ihrem Lesepublikum die Taten der Gewerkschaften auf. Manchen Spieler überläuft eine Gänsehaut, und am Stammtische wehrt er dann über die Unmoralität der heutigen Menschheit. Solche Zeitgenossen betragen sich selbst. Nur deshalb, weil es noch viel zu viele ihres Schlags gibt, haben wir solche unerfreulichen Zustände.

Ihr laßt die Armen schuldig werden, dieses Sprichwort trägt unendlich viel Wahrheit in sich und sollte von allen beherzigt werden, die wohl scharfe Worte der Kritik finden, die aber nicht einsehen wollen, daß diese Vorurteile in den Verhältnissen begründet liegen. Wollten wir heute rechnen mit denen, die vieles dazu beigetragen haben, dann würde der uns zur Verfügung stehende Raum nicht ausreichen. Der verdammenwürdige Krieg hat in dieser Hinsicht die Menschheit verroht, so daß die Arbeit von Generationen notwendig sein wird, hier Wandel zu schaffen. Die Schwachen aber, die Opfer der jetzigen Verhältnisse werden, sollen und immer wieder mahnen, nicht zu erlahmen in dem Kampf um eine bessere, vernünftige Weltordnung. Denn erst, wenn alle die Befriedigung ihrer Seelen nachtrauen und Notdurft möglich ist, fällt die Ursache der Verbrechen gegen Eigentum und Gesetz.

Der Burengeneral Dewet 7. Wie der „Lokalanz.“ aus Bloemfontein meldet, ist der bekannte Burengeneral Dewet, einer der Führer im südafrikanischen Feldzuge, gestorben.

Belgien und die Flamen. „Montieur Belge“ hat nunmehr ein Gesetz veröffentlicht, das das sogenannte Zweiersystem in den Ministerien einführt. Hierdurch wird bestimmt, daß in jedem Ministerium Beamte vorhanden sein müssen, die die vlamische Sprache beherrschen.

Lohnkämpfe in Oberschlesien. Die zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern der ober-schlesischen Großindustrie in der Lohnfrage geführten Verhandlungen wurden abgebrochen, da keine Einigung zu erzielen war.

Lohnreduzierung in Tschecho-Slowaken. Dem „Slowo“ zufolge, kündigten die ostböhmischen Textilfabrikanten jenen Teil der Kollektivverträge, der sich auf die Löhne bezieht. Sie bieten eine 15 prozentige Herabsetzung der Feuerungszuschläge an. Von der Maßnahme würden etwa 50 000 Textilarbeiter betroffen.

Der Draufzahler.

Der Wiener „Arbeiterzeitung“ entnehmen wir folgende hübsche Glossie, die ebenfalls bei uns aktuell ist, da die betreffende Menschengattung auch hier zahlreiche Vertreter hat:

So oft man mit ihm redet, bekommt man es zu hören, daß er draufzahlt. Seine Arbeiter, die früher von ihm familiär als von ihrem „Alten“ sprachen, haben sich nach und nach daran gewöhnt, ihn in ihren Gesprächen den Draufzahler zu nennen. Seine Arbeiter beobachten täglich und stündlich wie er draufzahlt und bebauern ihn entsprechend. Längere Zeit hindurch behauptete er, er zahle drauf, weil die Leute jetzt weniger arbeiten als früher. Als ihm eines Tages zum Trost ein Arbeiter dazu gratulierte, daß er kaum ein Duzend Leute in seiner Werkstatt stehen habe und deshalb beim Draufzahlen immer besser abschnide, als seine größeren Leidensgefährten mit vierzig und fünfzig Arbeitern, sah er ihn schmerzlichen Blickes an und verließ die „Bude“.

Einige Wochen später kamen Bauarbeiter ins Haus und führten im Hofe ein zweistöckiges Gebäude zur Vergrößerung des Betriebes auf. Während des Bauens hörte man aus dem Munde des Bauherrn mindestens dreimal täglich, wieviel er auf die „Chaluppe“ draufzahlt. Jetzt wird in dem neuen Gebäude bereits emsig gearbeitet, aber der Unternehmer zahlt drauf, weil nach seinem Dafürhalten die Löhne immer höher steigen, je tiefer die Arbeitsleistung sinkt.

Hört man den Draufzahler klagen, schaut man unwillkürlich nach seinen Händen, um zu sehen, wie kurz die Knochenknäuel sind, die ihm nach dem vielen Papiergeldzählen beim Draufzahlen von seinen einst so langen Fingern übriggeblieben sind. Angefächelt der Umarmungen, die der Verstümmelte auf seine Arbeiter draufzahlt, in es gar nicht auffallend, daß er sich über kleinere Verlustposten gar nicht aufregt.

Wenn sich beispielsweise seine noch bedeutend bessere Hälfte einen Pelzmantel für eine halbe Million kauft, oder wenn er auf vierzehn Tage in ein Sanatorium gehen muß, weil ihm bei einem „Wandern“ ein ganz kleiner Bissen und einige winzige Schlüsschen mehr in die Speiseröhre gerutscht sind, als ihn auf Anstand eingewandert Magen verdauen kann, sind das Ausgaben, die er gar nicht erwähnenswert

findet. Auch das Auto, das er sich längst beigelegt hat und das neben den laufenden Ausgaben für Benzin und Chauffeur jeden Augenblick große Summen für Reparaturen erfordert, entlockt dem Draufzahler keinen Senfzer. Die Kohlen jedoch, mit denen die Werkstätten geheizt werden, lassen ihm schwer auf dem Herzen, die Lebensmittelzuschüsse runden ihm den Schlaf und die einander nur so jagenden Lohn-erhöhungen rächen ihn seelisch und finanziell zugrunde. Sicher erlebt der arme Draufzahler nicht den Tag, wo seine Arbeiter dahinterkommen, woher ein Unternehmer das Geld zum Draufzahlen nimmt.

Vom eisigen Eisen...

Der Winter macht rücksichtslos seine Herrschaft geltend. Unerbittlich sinkt die Quecksilberäule des Thermometers, und wenn dann noch der eilige Nordostwind über's Land segt, ist jeder froh, wenn er im schützenden Zimmer einen Unterschlupf findet. „Bei solchem Wetter sagt man keinen Hund hinter dem Ofen vor“. Schimpft dann wohl der eine oder der andere. Aber Wind und Kälte scheren sich den Teufel darum, und beide wirken einig zusammen, um den Menschen des Winters Können recht eindringlich klarzumachen.

Der Verkehr auf den Straßen ist in besonderer Eile, aber viele zwingt der Beruf zum Verweilen in der grauenhaften Kälte. Das Arbeiten am Eisen während der Winterzeit ist eine wahre Tortur. Man frage einmal die Werkstarbeiter, die in den eisernen Leibern der Riesenmaschine, die die Kälte so gierig freissen, schaffen müssen. Werkzeug und Material sind alsdann gleich unfreundlich und die Menschen werden es auch. Die Rungen, die die Riesen wärmen und die rauh mit den Händen über die Blut streifen, als ob sie sie greifen wollten, brennen auf der einen Seite heinade an, während sie auf der anderen Seite die grimmige Kälte packt. Auf den Docks quälen sich Schloßer und Schiffbauer mit dem kalten Eisen und im Innern sind die Leute zwar vor dem Wind geschützt, aber die Kälte

macht im Verein mit der stickigen Luft den Aufenthalt zur Qual.

Es ist ein wahres, umgekehrtes Hüllendasein. Sie alle sehnen den Frühling herbei und mit ihnen Tausende und aber Tausende, die nicht so sehr unter der Anbill der Witterung zu leiden haben...

Eine neue Seuche? Aus Angora, dem Sitz der kemalistischen Regierung, wird von dem Ausbruch einer bisher noch unbekanntem Krankheit berichtet, die die Menschen urplötzlich überfällt und innerhalb von etwa neun Stunden hinrafft. Die Krankheit beginnt mit heftigem Schüttelfrost und der Patient verliert nach zwei Stunden das Bewußtsein. Die Seuche wutet so heftig, daß bereits mehrere Familien im Verlaufe eines Tages ausgepowert sind. Die Sanitätsbehörde hat einen wissenschaftlichen Ausschuss zur Prüfung der Krankheitsursachen eingesetzt, ohne daß es den Sachverständigen indessen gelungen wäre, das Geheimnis aufzuklären. Man nennt die Krankheit „Schwarzstieber“ und ist vorläufig darauf angewiesen, sie in Ermangelung eines anderen Heilmittels wie jedes Fieber durch Chinin zu bekämpfen.

„Eisende Wolken, Segler der Lüste...“ Das Entschlichste im Reklamewesen soll erst noch kommen. Also läßt sich die „Frankfurter Zeitung“ aus Amerika berichten: In Buffalo versucht nämlich eine Gesellschaft, mit Scheinwerfern von großer Lichtstärke Klammern auf Wolken zu werfen. Zunächst ist es gelungen, den Umriß eines hohen Turmes ersichtlich zu machen. Der „Newyork Herald“ erzählt, man experimentiere jetzt mit Scheinwerfern von einer Milliarde Kerzenstärke. Damit könne man Wolken in der Höhe von 10-12 Kilometer über der Erde erschellen. Es scheint allerdings noch nicht gelungen zu sein, Anpreisungen von Leberpillen, Korsetten, Zahnpulver und sonstigen Dingen am Himmel vor Augen zu führen.

Danziger Nachrichten.

Der Titelfragen des Senats.

Die bürgerliche Presse bemüht sich, den Titelfragen des Senats teils zu rechtfertigen, teils zu entschuldigen oder zu beschönigen; teils muß sie sich darüber auch lustig machen, damit die Gemüter beruhigt werden. Es erscheint deshalb von unserer Seite aus durchaus notwendig und zweckmäßig, die Angelegenheit so zu betrachten und zu besprechen, wie sie ist, nämlich recht ernsthaft. Die lächerliche Seite, die weißflehend in der Titelmagerei liegt, überlassen wir dem mehr oder weniger guten Geschmack des Senats, der Beschreibern und den bürgerlichen Kreisen, soweit sie in Frage kommen. Die Titelfrage ist es aber sicher nicht gewesen, welche die Beunruhigung in weiten Kreisen der Freistadtbevölkerung hervorgerufen hat. Das gilt insbesondere auch für den größten Teil derjenigen Beamten, die leer ausgegangen und enttäuscht sind. Zur Vermeldung von Zweifeln soll vorweg schon hier erklärt werden, daß die Beförderungen mit Gehaltsaufbesserung, besonders soweit sie Unter- und Mittelbeamte betreffen, diesen schon schlecht genug Gegebenen gern geschnitten werden. Unsere Fraktion hatte für sie sogar weitergehende Anträge gestellt und vergeblich durchgedrückt versucht. Der Grund zur Beunruhigung lag vielmehr darin, daß es nicht allein um die Titel ging, sondern daß man entweder wußte oder mit Recht vermutete, daß außer den vielen Titeln entsprechend große Mittel eine Rolle spielten.

Man nimmt allgemein an, daß mit der Beförderung bzw. Titelaufbesserung lediglich auch eine angemessene Gehaltsaufbesserung verbunden sein wird, der Senat hat es denn auch für richtig gefunden, am 25. Januar als Ratsers-Geburtsstages, nur die Titelaufbesserungen zu veröffentlichen, nicht aber auch die damit verbundenen Gehaltsaufbesserungen. Wer den Staatsanzeiger Nr. 7, Sonderausgabe vom 25. Januar d. J. liest, der erhält ein anderes Bild. Hinter jeder Ernennung oder Beförderung befindet sich eine Bezeichnung, von welchem Datum ab die Ernennung oder Beförderung gilt und die erhöhten Gehälter usw. zu zahlen sind. Es sind insgesamt 21 Personen ernannt bzw. befördert worden; bis auf einen kleinen Teil sind sie alle eine Gehaltsstufe heraufgerückt, einige sogar um zwei Gehaltsstufen. Die Nachzahlung der Differenz zwischen dem bisherigen Gehalt und dem neuen Gehalt erfolgt ab in 92 Fällen für die Zeit vom 1. April 1920 bis jetzt, für also etwa einunddreißigtel Jahre. In 18 Fällen erfolgt die Nachzahlung für die Zeit vom Oktober 1920 bis jetzt, in 11 Fällen für die Zeit vom 1. April 1921 ab, in den übrigen Fällen vom 1. Juli 1921 oder später.

Dieses Herumschmeißen mit öffentlichen Geldern zugunsten einiger Beamten — und es sind natürlich vorzugsweise die hohen Beamten, die dabei sorgfältig bedacht werden — und einer von ihnen gestifteten Regierung, welche sich nach dem Aussprüche des deutschnationalen Abgeordneten Schwegmann „fest in der Hand der Deutschnationalen befindet“, sollte nach dem Willen des Senats, seiner bürgerlichen Mehrheit unter deutschnationaler Rädelsführerschaft und deren Presse der Danziger Bevölkerung verschwiegen werden.

Es wäre äußerst interessant, wenn die durch die Nachzahlungen entscheidende Mehrsumme, sowie die durch die Beförderung usw. entstehende Mehrbelastung der Steuerzahler zahlenmäßig festgelegt werden würde. Das könnte vielleicht selbst bürgerliche Schlafmützen ermuntern und zum

Rachenden über die Geldwirtschaft (Senats und Bürgerliche) zuliebe einigen hohen Beamten ansetzen. Den Zentrum- und demokratischen Kreisen wäre noch besonders zu empfehlen, einmal nachzuprüfen, wieviel der Neubeförderungen, soweit sie sich in oberen Gruppen und führenden Stellen befinden, ihren Parteien angehören, und wie sie es später einmal fertig bekommen wollen bei einer Andersgestaltung der Zusammensetzung des Senats mit oder gegen eine Mehrheit ausgeübter führender deutschnationaler Oberbeamten erfolgreich Regierungsgeschäfte zu betreiben.

Was die Beamtenreise selbst anbetrifft, so kann man täglich hunderte wohlbegründete Beschwerden über tatsächliche Ungerechtigkeiten hören und feststellen. Wer die Verhältnisse näher kennt, sieht, wie gewisse Klänge sich gemeinsam unterstützen und geradezu Verbesserungsmaßnahmen fordern. Daß herartige Manipulationen zur Arbeits- und Berufslosigkeit der Beamten und Angestellten beitragen könnten, werden selbst deutschnationalen nicht glaublich. Diese aber wollen Bestimmungsgültigkeit probieren und fragen sonst nichts, nach dem Wohl und Wehe der Beamten. Im Plenum des Volkstages und in der bürgerlichen Presse verspricht und versichert man alles mögliche und unmögliche mit schönen Worten, in den Ausschüssen und bei den Abstimmungen wird alles niedergestimmt, was von uns im Interesse der tatsächlichen Bedürfnisse unteren und mittleren Beamtengruppen gefordert wird. Aber jedes Volk hat bekanntlich die Regierung, die es verdient.

Neue Verhandlungen zwischen Danzig und Polen.

Regelung der noch offenstehenden Fragen des Wirtschaftsabkommens.

In dem ergänzenden Zollvertrag zum Danzig-polnischen Wirtschaftsabkommen ist bestimmt, daß wegen der Aufhebung der Wirtschaftsgrenze und der Behandlung der in Polen in Monopolverwaltung befindlichen Artikel, wie Zucker, Scharin, Zigaretten und Spiritus, neue Verhandlungen stattfinden sollten, und zwar möglichst Mitte Januar. Dieser Termin ist längst überholt, da auf beiden Seiten eine Reihe Vorarbeiten zu treffen waren. Die Verhandlungen dürften nun in kürzester Zeit beginnen. Dabei dürfte noch eine Reihe anderer Fragen zu Verhandlung kommen, so die Versorgung Danzigs mit oberschlesischen Kohlen, über die bisher nur ein vorläufiges Abkommen besteht, das vom Senator Runge mit den zuständigen Stellen in Dentschen abgeschlossen worden ist. Auch für die Versorgung Danzigs mit Mineralölen aus Polen sollen Vereinbarungen getroffen werden. Die wichtigste von diesen wirtschaftlichen Fragen, von denen seitens Polens noch eine ganze Reihe auf die Tagesordnung gestellt werden soll, ist naturgemäß die Aufhebung der Wirtschaftsgrenze. Von Danziger Seite werden die Verhandlungen von den Senatoren Dr. Volkmann und Jewelowski geführt werden.

Wie Wohnungen verschoben werden.

Der frühere Landwirt Gustav Gürgens in Danzig kaufte hier ein Grundstück, in dem kleine Leute wohnten. Diese Benutzung brachte dem Gürgens, der hier angeklagt war, zu wenig ein. Sein Ziel war also, die Wohnung in eine Kneipe zu verwandeln. Die Kneipe untersteht nicht der Höchstmiete. Der Angeklagte wollte zunächst einen Arbeitermieter aus der Wohnung heraus haben. Er erzählte ihm

bedacht, die Wohnung sei ungesund und ausbesserungsbedürftig. Der Mieter solle nun für die Zeit der Ausbesserung in eine andere Wohnung ziehen, und diese werde ihm die Angeklagte besorgen. Der Angeklagte erklärte, daß er die Einwilligung des Wohnungsamts besorgen werde. Am nächsten Tage wollten sich beide auf dem Wohnungsamt treffen. Der Angeklagte ging nun früher hin, und als der Mieter kam, ging ihm der Angeklagte entgegen und erklärte, daß bereits alles in Ordnung gebracht sei. Das Wohnungsamt habe zu dem Umzug die Genehmigung gegeben. Der Mieter zog dann um. Der Angeklagte wollte nun angeblich die kleine Ausbesserung vornehmen, doch nun will er bemerkt haben, daß eine große Ausbesserung notwendig war. Er kam nun um die baupolizeiliche Erlaubnis ein. Die Baupolizei fragte beim Wohnungsamt an, und dieses erklärte sich gegen den Umbau. Die Bauere Erlaubnis wurde nicht erteilt. Das führte den Angeklagten nicht, denn die 30 Mk. Ordnungsfrafe schreckte ihn nicht. Soviele bringt das Geschäft ein. Er machte den Umbau ohne baupolizeiliche Erlaubnis und der Stadtschutzherr war mit dem Angeklagten der Auffassung, daß hier ein bringendes Bedürfnis vorliege, die Schankenerlaubnis zu erteilen. Die Erlaubnis wurde erteilt und das Haus ist jetzt sogar weiterverkauft worden. Es stellte sich nun aber heraus, daß das Wohnungsamt von dem ganzen Umzug nichts erfahren hat. Der Angeklagte hat dem Mieter etwas vorgekauft. Das Schöffengericht hielt die Schuld des Angeklagten nicht für erwiesen und sprach 20 frel. Vor der Berufungsstrafkammer beantragte der Staatsanwalt 8000 Mk. Geldstrafe. Das Gericht erkannte auf 1500 Mk. Geldstrafe wegen Vergehens gegen die Wohnungsordnung und wegen des Umbaus zu einem Restaurant.

„Die weiße Seuche.“ Unter diesem Titel wurde gestern in den U. L. Lichtspielen ein Film vorgeführt, der der Bekämpfung der Tuberkulose dienen soll. Der Besuch der zu ermäßigten Preisen zum Besten der Lungenspitte Jentau stattgefundenen Vorstellungen hätte ein besserer sein können, zumal der Film einen wertvollen Einblick in die Entstehung, Verlauf und Heilung der Seuche gibt. Die Schuld an dem mangelhaften Besuch dürfte in erster Linie in der unzulänglichen Propaganda für diese Veranstaltungen zu suchen sein. Sicherlich verdient der Film weitest Verbreitung und wäre es empfehlenswert, besonders den letzten Teil mit den Ratsschlägen zur Verhütung der Ansteckung amangskauf in die Programme aller Kinotheater aufzunehmen. Hand in Hand mit dieser Aufklärung über diese entsetzliche Volkskrankheit muß die Besserung der sozialen Lage (Ernährung, Wohnung) gehen. Erfreulicherweise wurde dies auch in dem begleitenden Vortrage betont.

Dampfer gesunken. Der Dampfer „Harmonia“, der eine Ladung Roggen hatte, wurde led und mußte in Neufahrwasser anlegen. Der ganze Schiffsraum ist mit Wasser. Es war nicht mehr möglich, die Ladung zu retten.

Erwerb und Verlust der Danziger Staatsangehörigkeit regelt ein dem Volkstage vorgelegter Gesetzentwurf. Durch das Zusatzabkommen mit Polen vom 24. Oktober ist eine Verstäkung mit Polen bereits erzielt. Am 4. Mai 1921 wurde bereits ein Gesetzentwurf vorgelegt, der auch die Zustimmung des Völkerrates fand. Grundzügliche Änderungen sollten aber der Genehmigung des Völkerrates bedürfen. Dieser Entwurf ist zurückgezogen und ein neuer vorgelegt, der den Bestimmungen des Abkommens vom 24. Oktober entspricht.

Der Stand der Arbeitslosigkeit. Am 31. Januar 1922 waren beim Stadt. Arbeitsamt 8808 männliche und 710 weibliche Arbeitsuchende gemeldet. Die Zahl der offenen Stellen betrug 119.

Ich bin das Schwert!

Roman von

Annemarie von Nathusius.

(20.)

(Fortsetzung.)

Gegen Morgen schrieb ich in mein schwarzes Heft die Verse vom Genuß und der Freude des Südens. Während der Freude in meinen Rippen ruhte, das dunkle Haupt wie im Schmerz ein wenig zurückgebogen, dachtete ich jenes sehnsüchtige Lied:

Südlüche Gärten an Fessengestaden,
Schlösser von Marmor auf Säulen gebaut,
Trunkene Stiene, verächtete Rajaden,
Heidnische Bilder im Mondschein erschaut.
Blühende Lauben mit lodendem Pflühe;
Düste, die nahen, wie Werber des Glücks,
Südlüche Seelen und leichte Gefühle,
Seelen, so froh ihres Blumengeschicks.
Wogen des Lebens, im Tanz umschlungen,
Schnell im Gemächren, dem Augenblick hold,
Lippen, die reden mit schweigenden Jungen,
Fachen und Singen gleich Silber und Gold!
Reichlose Götter beschirmen den Meigen
Ewigler Jugend zu Lust und Gefahr,
Lautschen der Andacht helljubelnder Geigen,
Segnen die Tänzer am grünen Altar,
Fort aus den Mauern der Kasten und Wäden
Näher und Weiter, die ewig bereuen!
O wie verlockt es mich hin nach dem Süden,
Wo die Erwählten des Lebens sich freun!

Als er erwachte, hielt ich ihm das Papier entgegen. Er drückte es an seine Rippen, er zog mich an sein Herz.

Ich ging durch Feuer, aber ich sträubte mich nicht. Ich ging durch einen großen Brand. Er versengte den Saum meines Kleides, er hing bis zu meinem Herzen, dieser Brand. Bis zu meinen Lippen. Sie atmeten im Feuer. Immer waren sie durstig, meine Lippen. Ich ging auf seiner Weide. Er war der richtige Verschwenker Auch ich verschwendete. Mit vollen Händen gab ich hin. Der Glanz dieses hohen Festes, er schwand nie ganz aus meinem Leben

und darum rief ich ihn zurück. Noch einmal mit ganzer Seele. Wie selten feiern wir Feste des Leibes und der Seele! Knechte des Alltags, Knechte elender Gesche — ach, was wissen wir in der Regel von den hohen Festtagen des Lebens. Da wir in die Harse greifen bis sie kint wie die Harse Davids auf dem Libanon.

„Ich begann die Menschen zu hassen,“ sagte ich.
„Und nun —?“
„Ich will allen verzeihen um deinetwillen.“
Er küßte mich auf die Augen.
„Erzähle mir,“ hat ich.
„Ich war arm ehe du kamst. Ich suchte, ehe ich dich fand. Nun bin ich zu Hause!“

„Als ich dich sah.“ flüsterte ich, „da stand mein Herz still. So erschrocken war es in seinem Glück. So tief ergriffen war es von dir. Alle deine Rosen habe ich geküßt. In all den stillen Nächten rief ich dich. Ich rief dich wie ein verzerrtes Kind.“ Ich beugte mich und drückte meinen Mund auf die Stelle, wo ich keinen Herzschlag fühlte.

Seine Augen waren feucht. „Du meine kleine Erlöserin. Mein Kind, meine Perle, du. Alles wird gut in mir, alles wird still und rein. Singe mir ein Lied, mein liebes Mädchen!“

„Ich weiß kein Lied, als immer nur das eine —“
„Und das heißt?“ Er konnte kaum sprechen vor Zärtlichkeit.

„Ich liebe dich —“
Er las die römischen Elegien von Goethe. Er las mir Helnes Lieder. Seine Stimme hatte einen Klang, der mich erbeben ließ. Auf der Brücke las er mir das Nachtlieb aus dem Parakhrtra. Er wußte, wie sehr ich das Nachtlieb liebte. Immer hatte er es in seiner Tasche. Ich fand es schöner als die Psalmen Davids und das Lied Salomons.

„Du Schickung meiner Seele, die ich Schicksal heißel Du In-mir! Ueber-mir, bewahre und spare mich auf zu einem großen Schicksale!“

„O Wille, Wende aller Not, du meine Notwendigkeit! Spare mich auf zu einem großen Siegel!“

Du hoher reiner Geist! Soll ich meine Schuh ausziehen und dir nachfolgen? Stehe, ich bringe dir alle Blut meiner Seele dar, die nicht im Engen verkommen möchte; die alle Niedrigkeit haßt, die sich verzehrt in der Sehnsucht nach reiner Luft.

„Daß ihr verzweifelt, daran ist viel zu ehren. Denn ihr lerntet nicht, wie ihr euch ergäbet, ihr lerntet die kleinen Klugheiten nicht.“

Ueberwindet mir, ihr höheren Menschen, die kleinen Tugenden, die kleinen Klugheiten, die Sandkornrädchen, den Ameisenkribbelkram, das erbärmliche Behagen, das „Glück der meisten —“

Und lieber verzweifelt, als daß ihr euch ergäbet.“
Was soll ich tun? Ich liebe dich, der du mein Herz erkennst in seiner Niedrigkeit, der du mein Herz mit eisernem Wesen fährst. Nimm die Feigheit von mir, mach mich stark. Laß meinen Strohhelm leuchten dir zu Ehren.

„Ich bin eifersüchtig auf deinen Propheten,“ sagte Sangerheim. Aber ich nahm seine Hände. „Daß unsere Liebe leuchten wie einen reinen Schild. Daß unsere Liebe unsere Ehre sein.“

Verstand er mich? Ich schlug ihm die Stelle auf von der Ehe.

„Ach, diese Armut der Seele zu zweien! Ach, dieser Schmutz der Seele zu zweien! Ach, dieses erbärmliche Behagen zu zweien!“

„Und darum,“ sagte ich leise, meinen Blick gesenkt, „will ich nicht mehr nach Dentsin zurück. Noch hat das erbärmliche Behagen keine Macht über meine Seele, aber einmal — wer weiß — wenn ich des ungleichen Kampfes müde bin — dann könnte ich kumpf werden, wie viele meiner armen Schweftern unter den niederringenden Händen ihrer fürchterlichen Genossen.“

Er hob meinen Kopf und zwang meinen Blick. „Und ich? Willst du das Band nicht auch um meinetwillen lösen?“

„Das steht in deiner Hand. Du bist frei! Ich tue, was ich auch ohne dich vollbringen müßte!“

„Mein kleines, hochmütiges Mädchen! Gabe es noch ein anderes Bild für mich als hi dir?“

Ihre Tage in der toten Stadt! Wart ihr nicht ein Traum, ein Tanz, ein hoch gespanntes Saitenspiel? Wart ihr nicht der Wind, der von Osten kommt, und allen Rehrich von der Türe segt?

„Tausend Pfade gibt es, die nie noch gegangen sind, tausend Gefundheiten und verborgene Ecken des Lebens. Unerkennbar und unentdeckt ist immer noch Mensch und Menschen-Erde.“

So war ich denn bereit, neue Weg zu gehen.
(Fortsetzung folgt.)

Danziger Nachrichten.

Die Auszahlung Danziger Forderungen aus Polen.

Nach der polnischen Valutaverordnung vom 20. November 1919 besteht zurzeit für die ehemals preussischen Teilgebiete Polens ein Moratorium für Forderungen von Ausländern und ein Zahlungsverbot für die polnischen Schuldner, wonach diese nicht an ausländische Gläubiger zahlen dürfen. Dagegen gilt für ausländische Gläubiger, insbesondere auch für Danziger Gläubiger, nicht aber der Grundsatz der sogenannten Parität, d. h. die Bestimmung, daß die polnische Mark einer deutschen Mark gleichzusetzen ist. Die Aufhebung des Moratoriums ist zu erwarten. Voraussetzungsweise wird über diese Frage von Polen einheitlich für alle Staaten, welche von dem Moratorium betroffen sind, geregelt werden. Die Befreiung des Zahlungsverbots läßt sich schon jetzt praktisch erreichen, und zwar in der Weise, daß Verbindlichkeiten polnischer Schuldner gegen Danziger Staatsangehörige aus der Zeit vor dem Erlaß der Valutaverordnung vom 20. November 1919 in neue Schuldverbindlichkeiten umgewandelt werden. Wenn diese im Wege der Schuldreueuerung (Novation) umgewandelten Forderungen in Danzig oder sonst irgendwo außerhalb der ehemals preussischen Teilgebiete Polens ihren Zahlungsort haben, so gilt für diese Forderungen nicht das Zahlungsverbot. Es empfiehlt sich, die polnischen Schuldner hierauf hinzuweisen und ihnen den Vorschlag zu machen, auf diese Weise eine Regelung im Vergleichsweg mit ihren Danziger Gläubigern anzustreben, da andernfalls der polnische Schuldner, welcher das Valutarisiko trägt, erwarten muß, daß er seine Forderung mit Zinsen zu einem späteren Zeitpunkt bezahlen muß, für welchen heute niemand sicher vorhersehen kann, wie sich das Verhältnis zwischen deutscher und polnischer Mark sein wird. Eine günstige Einigung im Wege des Vergleichs hat übrigens für die Danziger Gläubiger den Vorzug, daß sie schneller und sicherer zur Befriedigung ihrer Forderungen kommen können, als wenn sie die möglicherweise noch lange sich hinziehenden Verhandlungen wegen Aufhebung des Moratoriums abwarten. Es wird daher allen Danziger Staatsangehörigen dringend geraten, sich mit ihren polnischen Schuldnern wegen einer Novation in Verbindung zu setzen. Eine offizielle Kundmachung der polnischen Regierung über die Möglichkeit der Novation steht unmittelbar bevor.

Unabhängig von der unmittelbaren Regelung im Wege der Verhandlungen können auch vorläufig schon Ab- schlagszahlungen auf Geldforderungen von Danziger Gläubigern wegen Schulden in Polen geleistet werden und zwar unter folgenden Bedingungen: Die Auszahlungen erfolgen ausschließlich durch die Vermittlungsstelle für Geldforderungen Danziger Staatsangehöriger (Senat, Neugarten, linker Flügel, 2 Treppen, Zimmer 52) an polnische Schuldner. Alle Sendungen und Anfragen an diese Vermittlungsstelle müssen portofrei und unter Befreiung von Akzepten erfolgen. Die Vermittlungsstelle ist nur zuständig für Danziger Staatsangehörige. Es ist eine Bescheinigung vom Polizeipräsidenten bezw. dem Landrat darüber beizubringen, daß die Voraussetzungen für die Anerkennung der Danziger Staatsangehörigkeit vorliegen. Es ist der Nachweis über das Bestehen der Forderungen zu bringen. Hierzu genügt eine Anerkennung des polnischen Schuldners. In denjenigen Fällen, in denen dieses Anerkennnis nicht beigebracht werden kann, sind weitere Feststellungen durch die Vermittlungsstelle erforderlich, die unter Umständen einige Zeit erfordern.

Vorzugsweise berücksichtigt werden diejenigen Personen, die sich in wirtschaftlich bedrängter Lage befinden und ferner gemeinnützige Anstalten. Anträge auf Auszahlung von Geldbeträgen auf Kapital und Zinsen der in Rede stehenden Geldforderungen können mündlich in der Zeit von 10 bis 1 Uhr bei der Vermittlungsstelle angebracht werden. In Höhe der hier zur Auszahlung kommenden Beträge muß die Forderung an die Vermittlungsstelle abgetreten werden.

Läufer-Latein.

Kommunistische „Kritik“ an der „Volksbühne“.

Unter reichlicher Plakatauswendung läßt die „Arbeiter-Zeitung“ eine Artikelserie über die „Freie Volksbühne“ vom Stapel. Bereits in der Mitgliederversammlung der F.V. hatte der Kommunist Töpfer seine abweichenden Ansichten über Wesen und Programm einer „Volksbühne“ vorgetragen. Solange sich die Kritik in sachlicher Richtung bewegt, wird man sich darüber freuen. Denn gerade das Gebiet der Kunst ist für die breite Masse fast noch Neuland

und es ist nur zu begrüßen, wenn die Stellung der Arbeiterklasse zu diesen Dingen im Meinungsausdruck gefaßt wird. Enthielten die Ausführungen Töpfers in der Mitgliederversammlung noch einen sachlichen Kern und konnte man aus ihnen, obwohl sie reichlich unklar gehalten waren, doch etwas Ähnliches wie eine Ansicht entnehmen, so fehlt der in der „Kritik“ leicht verlässlichen Kritikserie fast jedes ernstzunehmende Gedankenstück. Im ersten, unter der recht einseitig lautenden Überschrift „Nicht monarchistische Galenkreuzer-Bühne, sondern Volksbühne“, kommt der Verfasser (der wohl kaum ein anderer als Töpfer ist) über eine ausgedehnte Wiedergabe der Kritiken der Tageszeitungen über Sudermanns „Nostrum“ nicht hinaus und erst in einem halben Duzend Zeilen zum Schluß läßt er erkennen, worauf er mit seiner so anreißerhaft aufgewallten Ueberschrift abzielt.

Es dürfte sich erdrögen, an dieser Stelle auf die von Töpfer zum Ausdruck gebrachten Ansichten über die Stellung der Volksbühne einzugehen. Wenn ihm einige in den Vorstand gemählte Personen nicht genehm waren, so hätte er in der Mitgliederversammlung Gelegenheit gehabt, das vor der Wahl zum Ausdruck zu bringen. Er schwieg jedoch. Sein Stillschweigen und die nun folgende lächerliche auf seine Tatsachen begründete Bemängelung einzelner Personen lassen sich weder miteinander vereinbaren noch zeigen sie den notwendigen Ernst, der bei der öffentlichen Behandlung solcher Fragen unerlässlich ist.

Dieser bedauerliche Mangel kommt in der Fortsetzung des ersten Artikels leider noch deutlicher zum Ausdruck. Zwar kann bekanntlich niemand aus seiner Haut heraus, aber wenn solche Fragen mit so wenig Willen und Verständnis zur Sachlichkeit behandelt werden, so verzichtet der Verfasser damit von vornherein auf eine Würdigung seines Geschreibsels. Zwar ist die Ueberschrift des zweiten Artikels „Soll die „Freie Volksbühne“ ein Institut zur Verdummung des Volkes sein oder ein Institut zur Aufklärung des Volkes?“ mit der aus Märchenromanen anklingenden Unterzeile „Wie die Reaktion sich in die „Freie Volksbühne“ eingeschlichen hat“ recht verheißungsvoll, wenigstens nach kommunistischer Auffassung. Doch was da unter dieser Ueberschrift an „Enttüllungen“ aufgetischt wird, ist so lächerlich, aber für den Weltzustand des Verfassers zugleich so tieftraurig, daß man darüber schon aus Mitleid hinweggehen kann. Was soll man z. B. zu einer „Entdeckung“ sagen, die die Gründung der „Volksbühne“ auf die Absichten des Gen. Frängel zurückführt, nach seiner Entlassung aus dem Danziger Polizeidienste wieder einen Posten in der Arbeiterbewegung zu erhalten. Jedes Wort darüber gäbe dieser kindlichen Verdächtigung eine unverdiente Beachtung. Wir wollen nur feststellen, daß es einen Sekretär in der „Volksbühne“ überhaupt nicht gibt und alle Arbeiter ehrenamtlich verrichtet werden. Den heutigen kommunistischen „Idealen“ mag eine uneigennützig-tätige Tätigkeit für eine Sache der werktätigen Bevölkerung zwar wenig entsprechen, das gibt aber kaum ein Recht, diese Anschauung in verkehrtem Sinne als allgemeiner zur Anwendung zu bringen.

Dieser Artikel soll noch ein dritter folgen. Vielleicht gelingt es dem Schreiber wenigstens darin, die persönlichen Momente auszuschalten und sachlich zu der „Volksbühne“ Stellung zu nehmen. In Verbindung damit wird dann auch das in dem ersten Artikel nebenbei angechnittene Problem „Kunst und Politik“ vielleicht einer Betrachtung unterzogen werden können.

Die Klage der Schichtarbeiter abgewiesen.

Bekanntlich klagten 950 Arbeiter, die von der Firma Schichtan unter Bruch der Arbeitsordnung am 2. Februar 1920 angepörrt wurden, auf Zahlung des entgangenen Arbeitsverdienstes. Die vorerst von 18 Arbeitern angestrengte Klage auf Zahlung des Lohnes wurde vom Gewerbegericht und von der Zivilkammer als berechtigt anerkannt. Den weiteren 950 Arbeitern sprach das Gewerbegericht ebenfalls den Lohn zu. Am Sonnabend wurde nun das Urteil der Zivilkammer verlesen, das die Forderungen der 950 Arbeiter abweist. Einer der Richter dieser Zivilkammer war der deutschnationale Abgeordnete Dr. Brunke. Wir kommen auf das Urteil noch zurück.

Der Milchpreis erhöht. Der Senat hat beschlossen, den Höchstpreis für Milch im Kleinverkauf auf 1,80 Mk. pro Liter festzusetzen. Der Höchstpreis für Butter wurde auf 92 Mk. heraufgesetzt. Siehe auch Inserat in der heutigen Nummer unserer Zeitung.

Lohnverhandlungen der Danziger Werft. Am Sonnabend fanden vor dem hiesigen Schlichtungsausschuß die Lohnverhandlungen der Danziger Werft und der Artilleriewerkstatt statt, die aber zu keinem

Ergebnis führten. Anstößigsten wurden die Verhandlungen auf Dienstag, den 7. Febr., vertagt.

Spielplanänderung im Stadttheater. Infolge Erkrankung des Herrn Ludwig wird morgen im Stadttheater statt „Die Beile“ der „Terubadour“ gegeben.

Heranführung der Pfändungsgrenze. In Deutschland ist die Pfändungsgrenze für 1920 von 8000 Mk. auf 12000 Mk. erhöht worden. Ein Gesetzentwurf des Senats schlägt für den Freistaat das gleiche vor. Bei Gehaltszahlung ist die Pfändungsgrenze ebenfalls auf 12000 Mk. heraufgesetzt. Ferner ist eine Bestimmung vorzusehen, daß Beschlüssen und Zulagen zur Anpassung des Dienstvertrages oder der Pension an die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse ebenso wie Aenderbeschlüssen und Einkünfte, die zur Befreiung eines Dienstvertrages bestimmt sind, der Pfändung nicht unterworfen sind.

In dem Artikel „Rettung aus sozialer Not“ in unserer Sonnabend-Ausgabe sind die Absätze in der Reihenfolge vertauscht. So muß der letzte Absatz als drittlezter gelesen werden.

Boppol. Stadtvorordnetenversammlung. Wegen wenige Stimmen wurde der Theatergemeinschaft mit Danzig zugestimmt. Dabei wurde ein Antrag angenommen, daß der Direktor des Boppolener Theaters, Normann, entweder in die Funktion irgendwie aufgenommen oder abgefunden werde. Die Kosten für die Kallibäder und für die Eintrittskarten zu den Konzerten im Aurgarten wurden erheblich heraufgesetzt. Bei der Befeuerung Erwerblosler mit Kartoffeln und Brennmaterial ist die zur Verfügung stehende Summe um 45000 Mark überschritten worden. Die Verammlung bewilligte die Mehrausgabe. Für den Erweiterungsbau der Schule Steinfieß wurden 700000 Mark bereitgestellt.

Verammlungs-Anzeiger

Sozialdemokratischer Verein Danzig.
Bezirk Neubude. Dienstag, den 7., abends 7 Uhr, bei Schimmler, Bezirksversammlung. Referent Genosse Karschewski.
Bezirk Langfuhr. Dienstag, den 7. Febr., abends 7 Uhr, Diskussionsabend beim Gen. Schmidt, Mischauer Weg 52. Deutscher Metallarbeiterverband.
Mittwoch, den 8. Februar, 4 1/2 Uhr, bei Müller, öffentliche Betriebsversammlung von Klawitter.

Heutiger Devisenstand in Danzig.

Polnische Mark:	124 1/2	am Vortage	6,10
Amer. Dollar :	202 1/2		202
Englisches Pfund:	870		870



BORG
für
QUALITÄT RAUCHER

Wahrendanziger Nachrichten am 5. Februar 1922.

	3. 2.	4. 2.	Kurzbrack	+ 1,77	+ 1,72
Zawischost	+	-	Montauespöhe	+ 1,22	+ 1,18
	3. 2.	4. 2.	Diesel	+ 1,32	+ 1,27
Warschau	+ 1,67	+ 1,60	Dieschau	+ 1,42	+ 1,38
	3. 2.	4. 2.	Einlage	+ 2,36	+ 2,08
Plock	+ 1,47	+ 1,42	Schleichenhorst	+ 2,60	+ 2,30
	5. 2.	6. 2.	Schönau O. P.	+ 6,62	+ 6,60
Thorn	+ 1,43	+ 1,39	Balgensberg O. P.	+ 4,68	+ 4,68
Yordon	+ 0,91	+ 0,88	Neuhofsterbühel	+ 2,02	+ 2,02
Culm	+ 1,42	+ 1,40	Unwachs	+	+ 0,-
Graudenz	+ 1,18	+ 1,16			

Eisbericht vom 6. Februar. Weichsel. Von Km. 0 (Schilfno) bis 200 Eisstand mit Ausnahme von Km. 64,7 bis 68 und Km. 92 bis 93. In der Mündung Bruchelstreiben und Jungels. Eisbrechdampfer „Trabe“ und „Drewna“ bei Befreiung der neuen Eisverfegung bei Km. 212, später Eisaufruch vor Ort bei Km. 200. „Kogat“ verricht Streckendienst. „Montau“ kreuzt in der Mündung. „Oka“ liegt in Einlage. „Perse“ und „Schwarzwasser“ beim Aufstellungsdienst im Danziger Hafengebiet. — Kogat: Eisdeckt.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Ernst Pops in Danzig; für Inserate Bruno Gwert in Oliva. — Druck von J. Gehl & Co., Danzig.

Danziger Stadttheater.

Anna Boleyn. 6 Szenen von Emil Bernhardt.

Dieses am Freitag in unserem Stadttheater aufgeführte neue Stück zeigt den Einfluß des Films auf die Bühne schon im äußeren Aufbau. Es ist kein straff organisiertes Drama, sondern sechs aufeinander folgende Szenen, von denen einzelne an ein anderes deutsches Drama aus der Geschichte Englands stark erinnern, ohne dessen ernste Tragik zu besitzen. Da konnte der kürzlich gezeigte Film über denselben Stoff schließlich besser gefallen. Eine äußere Wirklichkeit kann allerdings dem Stück nicht abgeprochen werden.

Im Vordergrund der Aufführung standen neben der wirksamen Spielleitung von Oberregisseur Metz die Vertreter der beiden Hauptrollen Heinrich VII. und Anna Boleyn. Der König Heinrich VII. war eine klug durchdachte Leistung Artur Armands, der den Thronen in Maske und Spiel fein nuanciert wiedergab, ohne allerdings ganz überzeugend zu wirken. Dora Ottenburg spielte die Titelrolle. Die jugendliche ungestüme Lady gelang ihr weniger als nachher das königliche Weib. Von den weiteren Darstellern seien noch Frieda Reguald genannt, die insbesondere die Szene ihrer Zusammenkunft mit ihrer Nachfolgerin mit tiefer Tragik erfüllte. Das aufgesetzte Haus fand viel Gefallen und applaudierte nach jedem Aktluß.

„Die Jahreszeiten“ von Haydn.

(Aufführung der Danziger Singakademie.)

Seten wir doch ganz ehrlich: der Respekt, den wir diesen „Jahreszeiten“ zollen, gilt nicht dem Werk, sondern seinem hochverdienten Schöpfer, und nur, wer seiner Bedeutung sich bewußt wird, vermag sein Organ auf diese Art Musizieren einzustellen. Man hört den „Frühling“ und weiß dann haargenau, unter welchem feilschen Gesichtswinkel die anderen Jahreszeiten gesehen werden. So einen einzelnen Teil hört man wohl mit innerem Wohlgefallen. Doch dann ist man satt. Den übrigen folgt man nur noch historisch interessiert, freut sich, zumal im Gedanken an manches Zeitgenössische, der Gesundheit und frommen Schlichtheit, der Lebendigkeit und Farbenfreude, der Tiefe des Gefühls, der lebenswichtigen Poese und des hohen Seelensinns dieser Musik, horcht überrascht auf die saubere und frische Motivarbeit, auf die sehr geschickt eingesetzten musikalischen Mittel zur Bestimmung des Affektes, sowie auf das mit viel handwerklicher Mueigkeit genützte Orchester, das für Haydn ein potenziertes Kammermusikensemble ist. Zuweilen weckt dann diese Musik liebe Erinnerungen (man sollte den Wert auch solcher Gedankenassoziationen nicht verkennen): wer gab je wieder die Ton gewordene Grazie Haydnischer Menuetts und Sonatnen! Wer Haydns ganze Größe erfassen will, muß ihn als Klavierkomponist und vor allem als Meister der fast vergessenen Kirchenmusik kennen lernen; an den hundert und mehr „besten“ Symphonien und den beiden weltlichen Dratorien mag er dann gekroft vorüberstreifen. Denn diese „Jahreszeiten“ sind nun einmal eine geweihte Angelegenheit, ebenso wie die „Schöpfung“, sind, unter einer „modernistischen“ Zeitrichtung, mehr zwangs-

weise entstandene Kirchenmusik mit weltlichem Einschlag, und um dieser Verschmierung willen nicht sonderlich glücklich.

Die „Danziger Singakademie“ hat das Werk in ihrem Repertoire. Wie längst irgendwo berichtet wurde, soll sie es seit Bestehen sechzehnmal aufgeführt haben. Nach längerer Pause ist deshalb diese Wiederaufführung nur zu begrüßen. Zumal unter der Kenntnis- und verständnisreichen Hand Fritz Linders, der das Dratorium in ausgedehnter Klarer und ganz seinem Charakter entsprechender Art zur Aufführung brachte. Die Chöre sangen ehrlich und schlicht bei absoluter Sauberkeit (und nicht immer absoluter Trefflichkeit der Einsätze) und klangvoller Fülle, und das Orchester des Stadttheaters klang weich und schön.

Von den Solisten sang Beatrice Kallora (Berlin) die Sopranpartien. Ihr weicher und kraftvoller Sopran scheint für diese anmutige lyrische Musik wie geschaffen, aber die Stimme ist nicht hinlänglich frei, nasale, hauchartige Beimischungen des Tones, die kein leichtes schwebendes Piano ermöglichen, führen oft empfindlich und hemmen auch die Präzision der Textbehandlung. Dem Stil dieses Gesanges aber würde sie durchaus gerecht, und das kann auch mit besonderer Freude bei Fredy Busch festgestellt werden, wenn ihm auch noch bis zum Dratorienjänger ein Stück fehlt. Doch neben seinen rein organischen Vorzügen erfüllt er hinlänglich der Vokalisation und Verlebendigung des Vortrags, der besonders bei solchen rein lyrischen Stoffen recht erhebliche Schwierigkeiten birgt, schon jetzt die Mehrzahl der Bedingungen. Der Bassist Franz Fichau, der stark erkaltet um Nachhilfe bitten lassen, kam ziemlich hemmungslos über alle Schwierigkeiten hinweg und bewährte sich wie in früheren Seiten.

Rohndämpfe in Danzig.

Streik der Feinglasarbeiter.

Die Feinglasarbeiter hatten ihren bisherigen Tarifvertrag dem Verein der Feinglasimporteure gekündigt und neue Forderungen dem Arbeitgeber-Verband unterbreitet. Da das Entgegenkommen der Arbeitgeber ungenügend war, wurde am 1. Februar der Streik beschlossen und sofort rechtlos durchgesetzt. Von Seiten der Arbeitgeber wurde der Schlichtungsausschuss angerufen, welcher in seiner Sitzung am 2. d. Mts. einen Schiedsspruch fällte, der die Stundenlöhne auf 2,20 Mts. festsetzte. Trotzdem die Arbeitgeber sich dem Schlichtungsausschuss angeschlossen hatten, lehnten sie nachträglich diesen Schiedsspruch ab, so daß der Streik weiter fortbauert. Die Streikenden behielten sich ihre Forderungen noch vor. In ihrer Illustriert sind die in Frage kommenden Firmen der Feinglasbranche unter die Ägide des Herrn Dr. Rodatki gestellt, welcher den Streik jetzt aus dem Dreck gießen soll. Die organisierte Arbeiterschaft wird um weitgehendste Solidarität gebeten.

Schiedsspruch für das Konditorgewerbe.

Nach Ablehnung der geforderten Tarifforderung durch die Konditor-Zwangs-Vereinigung, fällte der Schlichtungsausschuss in seiner Sitzung vom 2. d. Mts. folgenden Schiedsspruch:

1. Löhne: Vom 1. Februar 1922 ab sind folgende Wochenmindestlöhne zu zahlen: a) für Gehilfen bis 2 Jahre nach beendetem Lehrzeit 275 Mark, b) für Gehilfen bis zum vollendeten 24. Lebensjahre 350 Mark, c) für Gehilfen über 24 Jahre 400 Mark, d) für Gehilfen in leitender Stellung beim Nischschmann tritt zu diesen Löhnen ein Zuschlag von 50 Mark.

2. Kost und Logis. Der Kost- und Logisbetrag fällt fort. Wird Kost und Logis gewährt, so können für Kost 100 Mark, für Logis 20 Mark pro Woche in Abzug gebracht werden.

3. Ueberstunden werden mit 25 Prozent Zuschlag zum Lohne bezahlt.

4. Urlaub u. s. w. Unter Fortzahlung des Lohnes wird allen Gehilfen nach einjähriger Beschäftigungsdauer ein Urlaub von 8 Tagen, jedes weitere Jahr 2 Tage mehr, bis zur Höchstgrenze von 14 Tagen gewährt.

Die Parteien erhalten eine Frist bis zum 9. Februar 1922 einschließlich zur Erklärung über die Annahme des Schiedsspruches.

Die Lohnbewegung der Gasenarbeiter.

Die Lohnbewegung der Gasenarbeiter hat dadurch ihren Abschluß gefunden, daß die bisherigen Tagelöhne um 15 Mark, also auf 124 Mark erhöht wurden. Diese Vereinbarung gilt bis auf weiteres und kann am 1. und 15. jeden Monats mit vierzehntägiger Frist gekündigt werden. Die Gasenarbeiter billigten einstimmig die von der Lohnkommission getroffenen Abmachungen.

Die Lohnbewegung der Weichselholzarbeiter beendet.

Die Weichselholzarbeiter hatten dem Verband Danziger Arbeitgeber des Holzgewerbes den Tarifvertrag zum 1. Februar 1922 gekündigt und den Arbeitgebern neue Forderungen unterbreitet. Die Verhandlungen, die vor einigen Tagen stattfanden, gestalteten sich schwierig, da auf Arbeitgeberseite kein genügendes Entgegenkommen gezeigt wurde. Schließlich kam eine Verständigung dahin zustande, daß die Stundenlöhne der Holzarbeiter auf 8,55 Mts. bzw. 8,80 Mts. erhöht wurden, für Jugendliche unter 18 Jahre auf 3,60 Mark, über 18 Jahre auf 4,00 Mark, für weibliche Arbeitnehmer ebenfalls auf 4,00 Mts. Die Akkordverträge bleiben unverändert bestehen und wird für jede Akkordstunde ein

Zuschlag von 2,00 Mark gezahlt. — Die Zuschläge für Ueberstundenzeit erhalten ebenfalls ein dementsprechendes Entgelt. — Für Nachwachen wurden 75 Mts. pro Nachwache festgesetzt.

Bezüglich des den Arbeitern zuzehenden Holzes blieb es bei den bisherigen Bestimmungen.

Diese Vereinbarungen wurden von den Weichselholzarbeitern in einer stark besetzten Versammlung ausgebeten und ein Vertrag bis zum 31. März 1922 auf der vorgedachten Grundlage geschlossen.

Die Sondergerichte.

Der Senat hat dem Volkstag einen Gesetzentwurf über die besonderen Gerichte für die Arbeitnehmer in Land- und forstwirtschaftlichen Betrieben vorgelegt. Zahl und Sitz dieser Gerichte bestimmt der Senat im Verordnungsweg. Die Sondergerichte sind ohne Rücksicht auf den Wert des Streitgegenstandes zuständig, wenn der Streit aus dem Arbeitsverhältnis entstanden ist. Bemerkenswert ist, daß die bereits bestehenden Schiedsgerichte (Einigungsämter) ihre Tätigkeit weiter ausüben sollen. Die Höhe müdet der § 14 des Gesetzentwurfs an, der bestimmt, daß bis zur Errichtung des Sondergerichts Streitigkeiten von den bis dahin zuständigen Behörden erledigt werden. Den Unterzeichnern des Entwurfs, Sahm und Vertus, ist wahrscheinlich nicht bekannt, daß Klagen von Landarbeitern nicht erledigt werden können, weil alle Gerichte sich für unzuständig erklären.

Die Gerichte für kantile und kommunale Betriebe und Behörden sollen die Streitigkeiten aus dem Arbeits- oder Dienstverhältnis zwischen kantilen oder kommunalen Betrieben und Behörden als Arbeitgeber und ihren Arbeitnehmern einschließlich der Angestellten entscheiden. Die Sondergerichte sind ebenfalls zuständig ohne Rücksicht auf den Wert des Streitgegenstandes. Die Weisung werden je zur Hälfte von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern gestellt. Die Vertreter der ersteren werden vom Senat ernannt. Die Wahl erfolgt auf mindestens 1 Jahr, höchstens 6 Jahre.

Ausführung der „Jahreszeiten“ vor 2000 Volksschülern.

Gelegentlich der Danziger Schulkonferenz war als eines der besten Mittel, den Kunstgeschmack des Volkes zu veredeln, allseitig betont worden, man müsse dem Kinde Gelegenheit geben, gute Kunstwerke zu sehen und zu hören. Infolge dessen hat Herr Musikdirektor F. Winder der Schulverwaltung an, die „Jahreszeiten“ von Wagner, welche in der vergangenen Woche aufgeführt wurden, als Sonderaufführung für 2000 geladene Knaben und Mädchen aus den Danziger Volksschulen zu wiederholen. Die hierfür notwendigen, nicht unbedeutenden Mittel wurden durch Spenden von Jugend- und Kunstfreunden aufgebracht; dies ist auch nahezu gelungen. Gestern vormittag fand die Ausführung im Schützenhause statt. Wer es manchmal erlebt hat, wie in Konzerten oder im Theater Ermahnungen durch ihr Benehmen jedes Gelingen unmöglich machen, der konnte seine helle Freude haben an dieser andächtig lauschenden und nach vielen Ehren und Kränzen jubelnden Kinderchor.

Kreisrat des Kreises Danziger Höhe.

Auf dem am 4. Februar tagenden Kreisrat des Kreises Danziger Höhe wurde der Vorschlag des Kreisratschusses zur Regelung der Anstellungs- und Besoldungsverhältnisse insoweit angenommen, daß der Leiter des Wohlfahrtsamtes in die Gruppe der Kreisratschuss-Direktoren aufgenommen wurde.

Weiter Beschluß der Kreisrat, daß die Kreisrat der Ueberlandkreise nach dem Vorschlag der Kommission, wie wir sie bereits in einer früheren Nummer der „Volkstimme“ veröffentlicht, festgesetzt wurden, jedoch mit der Einschränkung, daß nicht die Kommission, sondern der Kreisrat auch in Zukunft die Preise festsetzt.

Der Berichterstatter, Kreisrat Abgeordneter Mamminger, kritisierte aus prinzipiellen Gründen die Jahresrechnung der Kreisratkommission, und zwar kritisierte er, daß der Kreisrat sich nur für einige Gemeinden Beihilfen zu Brunnen- und Pumpenbauten gegeben habe. Er wünschte, daß diese Beihilfe allen Gemeinden engteilt werde. Außerdem befand sich in der Jahresrechnung Ausgaben, die der Staat zu entrichten habe und nicht der Kreis. So z. B. sind für das Gendarmeriewesen 7782,42 Mts. und für die Unterhaltung der Einwohnerwehren und Bearbeitung der Hinterbliebenenfürsorge 42 580,50 Mts. ausgegeben worden. Diese Summen hätte der Staat tragen müssen. Außerdem sei dem Rittergutsbesitzer Graf von Kanitz-Sastofschin zur Pflasterung eines Weges 15 000 Mts. Beihilfe gewährt worden. Der Landrat erklärte, daß der Posten für das Gendarmeriewesen für den Staat nur vorläufig veranschlagt sei und daß die 42 580,50 Mts. nicht für die Einwohnerwehren, sondern für die Hinterbliebenenfürsorge für sachliche und persönliche Verwaltung auszugeben seien, jedoch bestünde sich in diesem Posten eine Summe von circa 2000 Mts. für Versicherungsbeiträge für die Einwohnerwehr. Die 15 000 Mts. für den Rittergutsbesitzer Graf von Kanitz seien keine besondere Bevorzugung desselben, sondern der Kreis habe immer Zuschüsse bei Neupflasterungen gegeben.

Unser Gen. Brill ging noch einmal auf die Angelegenheit ein und wünschte, daß die 2000 Mts. für Versicherung der Einwohnerwehren gestrichen werden sollten und daß diese der Kreisrat selbst tragen soll. Denn dieser hatte kein Recht, ohne Befragung des Kreisratstages größere Summen auszugeben. Bei der Abstimmung wurde der Antrag unseres Gen. Brill abgelehnt und die Jahresrechnung der Kommunalratkommission für die Kreisratkommission wurden die Abgeordneten Mamminger, Alweln und v. Mierzalowski gewählt.

Eine lebhaftere Aussprache führte der Antrag Brill, Mamminger und Kewald über Neufestsetzung der Grundsteuer herbe, nach denen Kreisratbeihilfen zum Gemeindebau gewährt werden sollen. Der Kreisrat und ein Teil der Abgeordneten wehrten sich gegen diesen Antrag. Die Antragsteller traten dafür ein, daß nicht nur beim Neubaue, sondern auch bei Ausbesserungen und Instandsetzungen der Kreis verpflichtet sei, den Gemeinden Beihilfen zu leisten. Nach längerer Aussprache wurde der Antrag mit Mehrheit angenommen.

Der Erwerbslosenfürsorge-Ausschuss wurde neu gewählt, in den von Arbeitnehmerseite die Herren Mantka, Sommer und Renfer, als Ersatze die Herren Frederich, Klotz und Reglinzki, von Arbeitgeberseite Chlil, Klamkowski und Bittcher, als Ersatze Bukmatowski und Dbor gewählt wurden.

Auf die Vorschlagsliste der zu Amtsvorstehern befähigten Personen für den Amtsbezirk Meisterwalde wurden zu den bereits Vorgelegenen die Herren Woltracht-Grenzdorf und v. Mierzalowski-Schernau gewählt.

Der Antrag unseres Gen. Brill, der Ortskrankenkasse des Kreises Danziger Höhe das von der Kreisratkommission übermiesene Darlehen von 60 000 Mts. der Ortskrankenkasse zu erlassen, wurde abgelehnt.

Gestern nachmittag nahm uns der Tod unerwartet unser einziges geliebtes Kind

Hans

im Alter von 4 Wochen.
In tiefem Schmerz
Oliva, am 6. Februar 1922.

Bruno Ewert u. Frau
Martha geb. Leppia.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Verordnung betreffend Verkehr mit Milch und Butter.

Auf Grund der Verordnung vom 22. Mai 1916 und 18. August 1917 zur Sicherung der Volksernährung und auf Grund des Gesetzes über die Höchstpreise wird in Ergänzung bezw. Abänderung der Verordnung über den Verkehr mit Milch, Speisefetten und Käse vom 14. Mai 1921 (Staatsanzeiger S. 167) sowie der Verordnung vom 14. Oktober 1921 (Gesetzblatt S. 201) die Verordnung vom 15. November 1921 und 24. November 1921 (Staatsanzeiger Nr. 93) die §§ 1 und 2 wie folgt geändert:

§ 1.
Milch darf an die Verbraucher zu keinem höheren Preise als M 3,80 je Liter und Butter im Kleinderkaufshöchstpreis M 32,— für 1 Pfund abgegeben werden.

§ 2.
Für Milch, die der Erzeuger frei Verkaufsstelle liefert dürfen nicht mehr als M 3,50 je Liter, für Milch, die der Erzeuger frei Bahnhof Danzig liefert, nicht mehr als M 3,05 je Liter gefordert und gezahlt werden. Für den Transport von Milch ab Hof des Erzeugers sind je Kilometer und Liter 5 Pfg. in Anschlag zu bringen. Für Milch, die der Großhandel an den Kleinhandel abgibt, dürfen nicht mehr als M 3,50 je Liter verlangt und gezahlt werden. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Danzig, den 4. Februar 1922. (6082)
Der Senat der Freien Stadt Danzig.
gez. Sahm. gez. Janßon.

Bekanntmachung.

Inhaber von Bezugsscheinen des Wohlfahrtsamtes auf Holz, Torf und Kartoffeln werden, soweit sie zur Innenstadt (einschließlich Schildh, Stadtgebiet, Schildaukolonie) gehören, ersucht, die auf Grund der Bezugsscheine zu empfangenden Mengen Holz, Torf und Kartoffeln bis spätestens 11. d. Mts., 12 Uhr mittags abzuholen. Es wird in dieser Zeit Holz nur auf dem Werftausgangshof, Werftgasse, am Hansaplatz, Torf in der Baracke Jakobswall, am Schützenweg und Kartoffeln im Alten Zeughaus, Große Wolleberggasse ausgegeben.

Bezugsscheine, die bis zu dem genannten Zeitpunkt nicht eingelöst werden, verlieren ihre Gültigkeit.

Die Bekanntmachung hat auf die von Fall zu Fall mit dem Wohlfahrtsamt getroffenen besonderen Vereinbarungen keinen Einfluß.

Die Bezugsscheininhaber der Vororte werden ebenfalls ersucht, Holz, Torf und Kartoffeln, soweit bei den bekannten Ausgabestellen Vorrat vorhanden ist, bis zu dem genannten Termin abzuholen. In Langfuhr werden Kartoffeln bei dem Händler Piontek, Bröjener Weg 4, ausgegeben.

Sofern Bezugsberechtigte zur Einhaltung dieser Empfangsfrist nicht in der Lage sind, ist in jedem einzelnen Fall die Verlängerung der Gültigkeit beim Wohlfahrtsamt, Zimmer 52, besonders zu beantragen.

Danzig, den 2. Februar 1922. (6082)
Der Senat.
Städtisches Wohlfahrtsamt.

Neuerkheinung:

Der Frauen Hauschach

Jahrbuch für Arbeiterfrauen u. Töchter

Herausgegeben von
Wilhelmine Kähler.
Preis 8 Mark.

Buchhandlung Volkswacht
Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.

Heute, Montag, den 6. Februar, abends 7 Uhr
Dauerkarten D 2.

Der Troubadour

Oper in 4 Akten von Giuseppe Verdi. Szen. Leitung: Richard Ludewig. Musikal. Leitung: Erich Walter. Inspektion: Otto Friedrich.

Personen wie bekannt. Ende 9^{1/2} Uhr.

Dienstag, abends 7 Uhr. Dauerkarten E 2. Liebele.
Oper.

Mittwoch, abends 7 Uhr. Dauerkarten A 1.
Anna Boleyn. Prolog in 6 Szenen

Donnerstag, abends 7 Uhr. Dauerkarten B 1.
Hänfel und Gretel. Oper.

Freitag, abends 6^{1/2} Uhr. Dauerkarten C 1.
Lammhäuser. Oper.

Sonntag, abends 7 Uhr. Dauerkarten D 1.
Caiparone.

Sonntag, nachmittags 3 Uhr. Kleine Preise. Rosenhildchen.

Sonntag, abends 7 Uhr. Der Barbier von Sevilla.
Oper von Rossini.

Wilhelm-Theater

vereinigt mit dem Stadttheater Zoppot, Dir. Otto Normann

Heute, Montag, den 6. Februar, abends 7^{1/2} Uhr
Kassenöffnung 6 Uhr

„Der Tanz ins Glück“

Operette in 3 Akten von Robert Stolz.

Mittwoch, den 8. und Freitag, den 10. Februar:
„Der Vogelhändler“
Sonntag, den 12. Februar:
„Notruf“.

Vorverkauf im Warenhaus Gebr. Freymann, Kohlmarkt von 10 bis 4 Uhr täglich und Sonntag von 10 bis 12 Uhr an der Theaterkasse. 1566

„Libelle“

Täglich: Musik, Gesang, Tanz

Ich bin als

Rechtsanwalt

beim hiesigen Amts- und Landgericht zugelassen.
Büro: Große Krämergasse 101
Fernsprecher: Nr. 3841.
Danzig, Februar 1922.
6079 Dr. H. Bail, Bürgermeister a. D.

Ueber proletarische Ethik

Das proletarische Schaffen vom Standpunkt der realistischen Philosophie.
Preis Mark 3.—
Buchhandlung „Volkswacht“
Spendhaus Nr. 6. — Paradiesgasse Nr. 32.

Zeitungsträgerin

für Zoppot gesucht
„Danziger Volksstimme“
Am Spendhaus 6.

Qualitäts-

Rauchtabake

kaufen Sie billig bei
Pokora
Tabakfabrik
Pfefferstadt Nr. 58
5935

Nähmaschinen

6031 kauft
L. Fenselau & Co.
Petersiliengasse 9.

Laufburche,

Sohn achtbarer Eltern,
von sofort gesucht. (†)
Leo Cerninski,
Schöngang 25, 3 St.